

„Ich bin der Meinung“
„Ich bin der Meinung“
„Ich bin der Meinung“

21. APRIL 2010: 40 JAHRE ANGELOBUNG DER ERSTEN REGIERUNG KREISKY

„Ich bin der Meinung“
„Ich bin der Meinung“
„Ich bin der Meinung“
„Ich bin der Meinung“

21. APRIL 2010

Festveranstaltung anlässlich „40 Jahre Angelobung der ersten Regierung Kreisky“

PROGRAMM

Einleitung – Musik: Barbara Helfgott und Rondo Vienna

Begrüßung durch BM a.D. Karl Blecha,
Präsident des Pensionistenverbandes Österreichs, und
BM Rudolf Hundstorfer

Film

BM a.D. Karl Blecha spricht über die Ära Kreisky mit
VK a.D. Dr. Hannes Androsch
Ehem. ORF-Generalintendant Dr. Gerd Bacher
BM a.D. Dr. Hilde Hawlicek
Botschafter i.R. BM a.D. Dr. Peter Jankowitsch
BM a.D. Erwin Lanc
Amtsrätin Margit Schmidt
Ehem. ÖVP-Obmann Dr. Josef Taus
BK a.D. Dr. Franz Vranitzky, ehem. SPÖ-Parteivorsitzender

Musik: Barbara Helfgott und Rondo Vienna

Lesung von Kreisky-Texten: Kammerschauspielerin Elisabeth Orth

Abschluss: Bundeshymne

1970 2000

30 Jahre, die Österreich *verändert* haben!

Der Wahlsieg der SPÖ unter Bruno Kreisky bei der Nationalratswahl am 1. März 1970 war für Österreich der Beginn einer historischen Epoche. Denn es folgten Jahre, in denen unser Land einen Aufbruch in die moderne Zeit erlebte. Die sozialdemokratische Regierung unter Bruno Kreisky leitete die Modernisierung vieler gesellschaftlicher Bereiche ein. Sie sorgte für bedeutende Fortschritte in der Bildung, der Gesundheit, in der Infrastruktur, bei der Schaffung von Arbeitsplätzen, in der sozialen Sicherheit oder bei der Gleichberechtigung der Frauen. Die SPÖ versprach Wohlstand für alle. Und das Wort Reform war gleichbedeutend mit Verbesserungen für die Menschen.

Die Reformarbeit konnte drei Jahrzehnte hindurch fortgesetzt werden. Erst mit der rechtskonservativen Regierung Schüssel-Haider im Februar 2000 endete dieses Modernisierungswerk. Dennoch haben diese drei Jahrzehnte Österreich nachhaltig zum Positiven verändert. Lag der Lebensstandard 1970 noch deutlich unter dem europäischen Niveau, so lag er 1999 deutlich darüber.

Am Ende dieser Periode gab es über 700.000 Arbeitsplätze mehr als 1970. Die Einkommen und Pensionen waren 6-mal so hoch wie 1970. Es gab doppelt so viele Ärzte und Ärztinnen wie 1970. Die Säuglingssterblichkeit wurde bis 1999 auf ein Sechstel des Jahres 1970 verringert, die durchschnittliche Lebenserwar-

tung dagegen um rund 8 Jahre verlängert. Es gab 1999 doppelt so viele Lehrer/-innen wie 1970, doppelt so viele Kinder an höheren Schulen und 4-mal so viele Studierende. Österreich hatte sich zu einem der wohlhabendsten und sichersten Länder der Welt entwickelt, wurde moderner, sozialer, gerechter und hat sich auch einen angesehenen Platz in der Weltgemeinschaft erarbeitet.

„Ich bin der Meinung“

1970

1971

**SPÖ-Minderheits-
regierung,
Bundeskanzler:
Dr. Bruno Kreisky**

Die ersten 1 ½ Jahre waren gekennzeichnet durch das entschlossene Umsetzen der Versprechen auf Modernisierung Österreichs. Möglich war das durch eine Duldung dieser Politik durch die FPÖ unter Friedrich Peter.

- Einführung der Schülerfreifahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln
- Abschaffung der Aufnahmeprüfung für die AHS
- Gleichstellung von ehelichen und unehelichen Kindern
- Anrechnung von Karenzzeiten für die Pension
- Verkürzung des Wehrdienstes auf 6 Monate



1. März 1970: Ein historischer Wahlsieg, der Österreich nachhaltig zum Besseren verändert hat. Rechts: Die erste Regierung Kreisky bei ihrer Angelobung am 21. April 1970.



1971

1975

**SPÖ-Alleinregierung,
Bundeskanzler:
Dr. Bruno Kreisky**

Bei den Neuwahlen im Herbst 1971 errang die SPÖ die absolute Mandatsmehrheit. Ebenso wie in der Folge bei den Wahlen 1975 und 1979. Jetzt konnte die Reformarbeit ohne Behinderung angegangen werden:

- Grattischulbücher ab dem Schuljahr 1972/73
- Abschaffung der Studiengebühren
- Erweiterung der Schüler/-innen-Mitbestimmung
- Legalisierung gleichgeschlechtlicher Beziehungen
- Große Strafrechtsreform (u. a. Straffreiheit bei Schwangerschaftsabbruch)
- Einführung des Zivildienstes
- Schaffung eines Gesundheitsministeriums
- Heiratsbeihilfe für junge Leute
- Mutter-Kind-Pass und Geburtenbeihilfe
- Verlängerung des Mutterschutzes und Erhöhung des Karenzgeldes
- Erhöhung der Familienbeihilfe um 70% gegenüber 1970
- Erhöhung der Pensionen um 57% gegenüber 1970
- Einführung der 40-Stunden-Woche
- Erweiterung der Mitbestimmung der Arbeitnehmer/-innen (Betriebsräte/Betriebsrätinnen schon ab 5 Arbeitnehmern/Arbeitnehmerinnen)
- Einführung der Mehrwertsteuer
- Einführung der Individualbesteuerung anstelle der Haushaltsbesteuerung
- Siemens investiert massiv in Österreich (u. a. Produktion in Kärnten).



Bruno Kreisky: Er hat viele heiße Eisen angefasst und unser Land an die Spitze geführt.

Österreich verzeichnete in diesen Jahren das höchste Wirtschaftswachstum Europas, die Arbeitslosigkeit war die geringste in Europa. Von 1970 bis 1975 wurden 300.000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Österreich hatte Vollbeschäftigung. Sogar der Papst sprach von Österreich als einer „Insel der Seligen“.

1975

1979

**SPÖ-Alleinregierung,
Bundeskanzler:
Dr. Bruno Kreisky**

Bei den Nationalratswahlen im Herbst 1975 konnte die SPÖ erneut die absolute Stimmen- und Mandatsmehrheit erringen. Um nach der weltweiten „Energiekrise“ ein Ansteigen der Arbeitslosigkeit zu verhindern, wurde sehr viel öffentlich investiert. Eine funktionierende Sozialpartnerschaft (mit ÖGB-Präsident Benya und Wirtschaftskammerpräsident Sallinger) sorgte für Preisstabilität und Wohlstand. Die Arbeitslosenrate stieg kaum über 2%. Österreich hatte weiterhin Vollbeschäftigung. In diesen Jahren bemühte sich Kreisky intensiv um eine Lösung des Nahost-Konflikts und brachte die Streitparteien zu Gesprächen zusammen. 1980 erkannte Österreich als erster Staat Europas die PLO an. Die SPÖ gab sich 1978 ein neues Parteiprogramm.

- Erhöhung des Mindesturlaubs auf 4 Wochen
- Aufbau eines Milizheeres
- Vollautomatisierung des Telefonnetzes
- Bau von über 1.000 km Bundesstraßen und Autobahnen (z. B. Arlbergtunnel)
- Bau von 400.000 Wohnungen
- Bau von rund 300 neuen Schulen
- Bau einer 2. Piste am Flughafen Wien
- Bau der Uni Klagenfurt
- Ansiedlung von General Motors in Wien
- Ansiedlung von BMW in Steyr
- Einführung einer Abfertigung für Arbeiter/-innen
- Neues Scheidungsrecht, das die Trennung erleichterte
- Freiheit der Wahl des Familiennamens bei der Eheschließung
- Einführung einer Luxussteuer
- Beschluss eines Atomsperrgesetzes



Links außen: Kreisky feiert mit 40.000 SeniorInnen 25 Jahre PVÖ im Praterstadion. Links: Er weiß, wie wichtig die Vollbeschäftigung für unser Land ist.

1979

1983

**SPÖ-Alleinregierung,
Bundeskanzler:
Dr. Bruno Kreisky**

Bei den Nationalratswahlen im Mai 1979 konnte die SPÖ ihre absolute Stimmen- und Mandatsmehrheit weiter ausbauen und ihr Reformwerk fortsetzen:

- Schaffung eines Gleichbehandlungsgesetzes
- Einrichtung eines Staatssekretariats für Frauenfragen
- Einrichtung eines Staatssekretariats für Konsumentenschutz
- Fertigstellung der UNO-City
- Erhöhung des Mindesturlaubs auf 5 Wochen
- Nachtschicht-Schwerarbeiter konnten mit 57 in Pension gehen.
- Neues Mietrechtsgesetz mit Mietzinsobergrenzen
- Geburtenbeihilfe auch für Selbständige und Bäuerinnen
- Sanierung der österreichischen Seen
- Erstes großes Umweltschutzgesetz: „Dampfkesselmissionsgesetz“
- Bleigehalt von Benzin wurde gesenkt.
- Einrichtung der Volksanwaltschaft
- Verschärfung des Waffenexportgesetzes

Österreich hatte weiterhin eine der niedrigsten Arbeitslosenraten der Welt. Die soziale Sicherheit galt als hervorragend. Die Pro-Kopf-Einkommen, die 1970 noch 26% unter dem EG-Schnitt lagen, lagen 1983 um 8% über diesem. 27 Milliarden Euro Schulden wurden in den 13 Jahren Regierung Kreisky aufgenommen, um vor allem Investitionen in Bildung, Gesundheit und Infrastruktur sowie hunderttausende Arbeitsplätze zu finanzieren. Zum Vergleich: Im Jahr 2010 betragen Österreichs Staatsschulden etwa 185 Milliarden Euro – mehr als das 6fache). Bei den Nationalratswahlen im April 1983 verlor die SPÖ dennoch die absolute Mehrheit. Bruno Kreisky trat als Bundeskanzler und Parteivorsitzender der SPÖ ab. Es war das Ende einer Ära.



Oben: Kreisky-Anhänger im Wahlkampf 1979. Unten: Kreisky und Karl Blecha entwerfen das erfolgreiche Programm „Bereit für die 80er Jahre“.

1983

1986

**SPÖ-FPÖ-Regierung,
Bundeskanzler
bis Juni 1986:
Dr. Fred Sinowatz,
ab Juli 1986:
Dr. Franz Vranitzky**

Dr. Fred Sinowatz folgte Bruno Kreisky 1983 als Bundeskanzler und SPÖ-Parteivorsitzender. Die SPÖ bildete eine Regierung mit der FPÖ unter dem liberalen Parteiboss Norbert Steger. Wichtige weitere Reformschritte waren:

- Einführung von bleifreiem Benzin und Katalysator
- Sanierung der österreichischen Flüsse
- Senkung der Klassenschülerhöchstzahl auf 30
- Erstmals volle Besteuerung der Politikerbezüge
- Sony errichtet ein Produktionswerk in Salzburg.

Die SPÖ forderte die 35-Stunden-Woche. Mit dem Reaktorunfall in Tschernobyl 1986 endete die Diskussion um die Atomkraft auch in Österreich endgültig.

Das Ende der Regierungszeit war überschattet vom Wahlkampf Kurt Waldheims für das Amt des Bundespräsidenten sowie der Wahl von Jörg Haider zum neuen FPÖ-Vorsitzenden. Diese war für den neuen Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky der Anlass, die Koalition mit der FPÖ zu beenden.



1983: Dr. Fred Sinowatz führt die SPÖ als Kanzler in die erste Koalitionsregierung nach der Ära Kreisky; 1986 übergibt er das Kanzleramt an Dr. Franz Vranitzky.

1987

1990

**SPÖ-ÖVP-Regierung,
Bundeskanzler
Dr. Franz Vranitzky**

Die ÖVP unter Alois Mock, die auf einen Erfolg bei den Wahlen im Herbst 1986 gehofft hatte, konnte die SPÖ (mit über 43 %) aber nicht überholen. Dennoch trat die ÖVP erstmals seit 16 Jahren wieder in eine Regierung ein – wo sie sich bis heute halten konnte. Unter Franz Vranitzky wurden weitere wichtige Maßnahmen gesetzt:

- Beitrittsansuchen Österreichs an die EU
- Lkw-Nachfahrverbot auf Transitstrecken
- Strafbarkeit von Vergewaltigung in der Ehe
- Automatische Vormundschaft lediger Mütter für ihre Kinder
- Alterssicherung für Bäuerinnen
- Eröffnung des Konferenzzentrums in Wien (ACV)
- Einführung der Kapitalertragsteuer
- Aufbau eines Mobilfunknetzes durch die Post
- Wahlweiser Karenzurlaub auch für Männer
- Wahlrecht auch für Auslandsösterreicher/-innen
- Einführung von Höchstquoten für ausländische Arbeitnehmer/-innen
- Einführung von Pensionskassen
- Errichtung eines Chrysler-Werkes in Graz

Die verstaatlichte Industrie erlebte tiefgreifende Veränderungen. Am Ende der Regierungszeit fiel der „Eiserne Vorhang“. Die Grenzen zu unseren Nachbarländern öffneten sich.

Bruno Kreisky starb im Juli 1990.



Noch im Mai 1990 – zwei Monate vor seinem Tod – ist der Altkanzler ein begehrter Gesprächspartner für seinen Nachfolger.

1990

1994

**SPÖ-ÖVP-Regierung,
Bundeskanzler
Dr. Franz Vranitzky**

Die SPÖ hatte die Menschen überzeugt und konnte ihren Stimmenanteil behaupten. Großer Verlierer der Wahlen 1990 war die ÖVP zugunsten der FPÖ. In dieser Regierungsperiode wurden folgende wichtige Maßnahmen gesetzt:

- Reform der verstaatlichten Industrie
- Einführung des Pflegegeldes
- Schutz von Frauen vor sexueller Belästigung
- Senkung der Klassenschülerhöchstzahl in Pflichtschulen auf 28
- Einrichtung eines Frauenministeriums
- Erstmals Heizkostenzuschuss des Bundes
- Abschaffung der Ruhensbestimmungen für Pensionisten und Pensionistinnen
- Kindererziehungszeiten werden für die Pension angerechnet.
- Einführung der Lehrlingsfreifahrt
- Schrittweise Angleichung des Pensionsalters der Frauen an das der Männer
- Transitabkommen mit der EU
- Richtwertmieten im Mietrechtsgesetz
- Eröffnung des Rhein-Main-Donau-Kanals
- Schaffung eines Tiertransportgesetzes
- Volksschulen werden auch für behinderte Kinder geöffnet.
- Die Grundlage für die Schaffung von Fachhochschulen wird geschaffen.
- Die Nachmittagsbetreuung an Pflichtschulen wird geregelt.
- Die Bürgermeister-Direktwahl wird ermöglicht.
- Der Besitz von Kinderpornos wird unter Strafe gestellt.

Die starke Zuwanderung von Menschen aus Osteuropa nützte die FPÖ zum Schüren einer ausländerfeindlichen Stimmung, die vereinzelt sogar zu Brandanschlägen und Briefbomben führte. An die 300.000 Menschen wehrten sich dagegen eindrucksvoll beim „Lichtermeer“ Anfang 1993. Durch die Ostöffnung wurde auch die Wirtschaft angekurbelt. Die SPÖ wurde in „Sozialdemokratische Partei Österreichs“ umbenannt, die „AZ“ musste eingestellt werden. Die Rezession 1993 ließ die Arbeitslosigkeit steigen. Währungsspekulationen gegen den Schilling konnten abgewehrt werden. Ferdinand Lacina wurde 1993 zum besten Finanzminister der Welt gekürt. In einer Volksabstimmung sprachen sich 1994 über 66 % der Bevölkerung für den EU-Beitritt aus.



Vranitzky, ein Mann aus der Wirtschaftswelt, reformiert die verstaatlichte Industrie.

1994

1995

**SPÖ-ÖVP-Regierung,
Bundeskanzler
Dr. Franz Vranitzky**

Bei den Wahlen im Herbst 1994 verloren SPÖ und ÖVP stark zugunsten der FPÖ. Die Regierung scheiterte schon nach etwa einem Jahr, weil der neue ÖVP-Obmann Wolfgang Schüssel Neuwahlen wollte. Dennoch konnten in der kurzen Zeit einige wichtige Maßnahmen verwirklicht werden:

- Beitritt Österreichs zur EU am 1. 1. 1995
- Kindergarten-Milliarde zum Ausbau ganztägiger Kindergärten
- Werbeverbot für starke Zigaretten
- Fonds zur Entschädigung von NS-Opfern geschaffen
- Ermöglichung eines GSM-Mobiltelefonnetzes
- Einführung des Privatkonkurses

Frauenministerin Helga Konrad formulierte: „Ganze Männer machen halbe-halbe.“ Mit Agnes Berlakovich (VSStÖ) wurde erstmals eine Frau ÖH-Vorsitzende. Der Konsum meldete Ausgleich an. Und am 8. Dezember 1995 waren erstmals die Geschäfte geöffnet.



Die frühen 90er Jahre stehen im Zeichen des bevorstehenden EU-Beitritts. Mit 1. Jänner 1995 ist es schließlich so weit: Österreich ist EU-Mitglied.

1996

1999

**SPÖ-ÖVP-Regierung,
Bundeskanzler
bis Jänner 1997:
Dr. Franz Vranitzky,
ab Februar 1997:
Mag. Viktor Klima**

Aus den Nationalratwahlen Ende 1995 ging die SPÖ als klarer Sieger hervor und war mit etwa 38 % der Stimmen klar die stärkste Partei. Die Koalition mit der ÖVP wurde fortgesetzt und weitere Maßnahmen wurden gesetzt:

- Einführung einer leistungsorientierten Krankenhausfinanzierung
- Die Zuwanderung nach Österreich wird gesetzlich begrenzt.
- In Wien werden Berufsschulen für Lehrlinge ohne Lehrvertrag geöffnet.
- Einführung der Autobahnvignette
- Liberalisierung des Telefonmarktes
- Einführung des Freijahres (Sabbatical) im öffentlichen Dienst
- Einführung der Gehaltspyramide für Politiker/-innen
- Lauschangriff und Rasterfahndung werden beschlossen.
- Pensionsreform für den öffentlichen Dienst (mit Durchrechnungszeiten)
- Privatradios werden zugelassen.
- Öffnung des Bundesheeres für Frauen
- Österreich schafft die Voraussetzungen für den Euro.
- Die Stempelmarken werden abgeschafft.
- Einführung der Altersteilzeit
- Streichung des Ehebruchs als Scheidungsgrund
- Die Atomfreiheit wird in der Verfassung verankert.
- Fertigstellung des bislang letzten Donaukraftwerkes, der Staustufe Wien



Noch einmal schlägt „Vraaanz“ eine erfolgreiche Wahl. Im Februar 1997 übergibt er sein Amt an Mag. Viktor Klima.



Auch für Kanzler Klima ist der PVÖ eine Kraft, auf die er sich verlassen kann: Klima und der im Jahr 1999 zum PVÖ-Präsidenten gewählte Karl „Charly“ Blecha auf dem Weg zur 50 Jahre PVÖ-Feier in Wien.

1996 wählte Österreich erstmals Abgeordnete für das EU-Parlament. Eine überwältigende Mehrheit der AK-Mitglieder sprach sich für die Pflichtmitgliedschaft aus. Der CA-Bundesanteil ging 1997 an die Bank Austria, die zur größten Bank des Landes wurde. Mag. Viktor Klima wurde Anfang 1997 neuer Bundeskanzler. Österreich schaffte neben zehn anderen EU-Ländern die Teilnahme an der Europäischen Währungsunion, die den „Euro“ als gemeinsame Währung einführen sollte. Österreichs Lehrlingsausbildung und Arbeitsstiftungen wurden von der EU als vorbildlich („best practices“) gelobt. Die SPÖ gab sich 1998 ein neues Parteiprogramm.

Ebenfalls 1998 hatte Österreich erstmals den EU-Vorsitz. Die SPÖ bewies Weitblick und trat für die Besteuerung von Aktiengewinnen ein. Die Post und die Telekom wurden eigenständige Unternehmen. Die Inflation sank 1999 auf ein historisches Tief von 0,6 %.

Bei den Nationalratswahlen im Oktober 1999 verlor die SPÖ dennoch fast 5 %. ÖVP und FPÖ einigten sich Anfang Februar 2000 auf eine gemeinsame Regierung. Etwa 150.000 Menschen demonstrierten gegen die neue Regierung. Auch in Europa gab es Empörung über die Regierungsbeteiligung der FPÖ. Die 30 Jahre sozialdemokratischer Aufbauarbeit für Österreich waren damit Geschichte, aber eine eindrucksvolle Geschichte!

BILANZ

1970
2000



30 Jahre sozialdemokratische Regierungsarbeit:

- Das Bruttoinlandsprodukt war 1999 7-mal so hoch wie 1970.
- Es gab in Österreich 1999 um 720.000 Arbeitsplätze mehr als 1970.
- Die durchschnittlichen Einkommen der Arbeitnehmer/-innen waren 6-mal so hoch wie 1970.
- Auch die Mindestpensionen waren 6-mal so hoch wie 1970.
- Die Pensionen wurden in diesen 30 Jahren um insgesamt 300 % erhöht.
- Die privaten Spareinlagen waren 1999 13-mal so hoch wie 1970.
- Die Sozialausgaben waren 1999 8-mal so hoch wie 1970.
- Es gab 1999 3-mal so viele Karenzgeldbezieherinnen wie 1970.
- Es gab doppelt so viele Ärzte und Ärztinnen wie 1970.
- Es gab fast 3-mal so viel Krankenpflegepersonal wie 1970.
- Die Kindersterblichkeit sank von 1970 bis 1999 von 2,6% auf 0,4% – also auf ein Sechstel.
- Die durchschnittliche Lebenserwartung stieg dagegen von 1970 bis 1999 um etwa acht Jahre (bei Männern von knapp 67 auf 75 Jahre, bei Frauen von 74 auf über 81 Jahre) – ein eindrucksvoller Sieg gegen das „Sterben vor der Zeit“.
- 1999 gab es in Österreich fast doppelt so viele Lehrer/-innen wie 1970.
- Es gab fast doppelt so viele Kinder, die eine höhere Schule besuchten.
- Und es gab 4-mal so viele Studierende wie 1970.
- Die Forschungsausgaben waren (gemessen am Bruttoinlandsprodukt) 3-mal so hoch.
- Es gab 5-mal so viele Autobahn- und Schnellstraßenkilometer wie 1970.
- Aber nur mehr halb so viele Tote im Straßenverkehr wie 1970.
- Und es gab 4-mal so viele Telefonanschlüsse wie 1970.

BILANZ

2000
2006



7 Jahre schwarz-blau-orange Regierungen:

- 45.000 Arbeitslose in Österreich mehr
- Kürzung des Arbeitslosengeldes
- 5.000 Lehrer/-innen weniger
- Alarmierende PISA-Tests über Österreichs Bildungswesen
- 3.000 Polizisten/Polizistinnen weniger, starker Anstieg der Kriminalität und deutlicher Rückgang der Aufklärungsquote
- Starker Anstieg der Zuwanderung nach Österreich (auf über 120.000 allein im Jahr 2004) und von ausländischen Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen (um plus 80.000)
- Einbürgerungsrekord 2003 (45.000)
- Deutliche Erhöhung der Gesundheitskosten (Erhöhung der Rezeptgebühr um 44%, Verdoppelung des Spitalskostenbeitrages, Einführung von Selbstbehalten, Leistungskürzungen der Krankenkassen usw.)
- Pensionsanpassungen unter der Inflationsrate und Kaufkraftverluste von fast 10% für rund zwei Millionen Pensionisten und Pensionistinnen
- Erhebliche Pensionskürzungen, auch im Zuge der Pensionsreformen, und Abschaffung der Mindestverzinsung bei Pensionskassen
- Direkte Mehrbelastungen der Arbeitnehmer/-innen in Höhe von etwa zwei Milliarden Euro
- Steuergeschenke an Großunternehmen und Spekulanten in Höhe von etwa zwei Milliarden Euro durch Abschaffung der Aktienspekulationssteuer, Abschaffung der Börsenumsatzsteuer, Steuerbegünstigungen für Investmentfonds und Konzerne, Senkung der Körperschaftssteuer usw.
- Wachsende Steuerungerechtigkeit: Anstieg der Lohnsteuer um drei Milliarden Euro, aber Stagnation der Körperschafts- und Einkommensteuer sowie Rückgang der Vermögenssteuern
- Privatisierung von Volksvermögen im Wert von rund 50 Milliarden Euro (u. a. Verkauf der BUWOG, Telekom, PSK, Austria Tabak, voestalpine usw.)
- Anstieg der Staatsschulden allein in diesen Jahren um 30 Milliarden Euro – womit dieser Anstieg höher ist als alle Schulden, die in den 13 Jahren Kreisky-Regierung gemacht wurden!

2006

HEUTE

**Wiederaufnahme
sozialdemokratischer
Regierungsarbeit**

Mit dem Sieg der SPÖ bei den Nationalratswahlen 2006 übernahm die SPÖ wieder die Führung in der Bundesregierung. Zunächst unter Bundeskanzler Dr. Alfred Gusenbauer, nach den Neuwahlen 2008 unter Bundeskanzler Werner Faymann. In diesen wenigen Jahren wurde eine Reihe wichtiger Maßnahmen gesetzt:

- Anhebung der Ausgleichszulagenrichtsätze 2006 bis 2010: plus 17 Prozent
- 1.000 Euro Mindestlohn für Normalarbeit in vielen Branchen
- Rezeptgebühren-Deckelung für Menschen mit kleinen Einkommen
- Soziale Absicherung für freie Dienstnehmer/-innen
- Einführung der Berufsmatura für Lehrlinge
- Flexibles und einkommensabhängiges Kindergeld
- Legalisierung und Förderung der 24-Stunden-Betreuung zu Hause
- Besserer Nichtraucherenschutz
- 1.500 zusätzliche Lehrer/-innen
- Kleinere Schulklassen
- Start der „Neuen Mittelschule“
- Verpflichtendes letztes Kindergartenjahr und Gratiskindergarten für alle Fünfjährigen
- Senkung des Wahlalters auf 16



2006 ist die schwarz-blau-orange Zeit vorbei: Dr. Alfred Gusenbauer wird der nächste SP-Kanzler. Ihm folgt 2008 Werner Faymann nach.



Sie kämpfen Seite an Seite für Reformen: PVÖ-Präsident Karl Blecha und Bundeskanzler Werner Faymann.



Kanzler Werner Faymann macht 2008 ein großes „Pensionspaket“ mit zahlreichen Verbesserungen möglich.

- Einrichtung eines Klima- und Energiefonds
- Zwei Arbeitsmarktpakete zur Sicherung von Beschäftigung in der Krise
- Erhöhung der Zahl überbetrieblicher Ausbildungsplätze
- Erhöhung der Einlagensicherung für Sparguthaben
- Pensionspaket der Regierung Faymann im Herbst 2008:
 - Pensionsanpassung auch wieder im ersten Pensionsjahr;
 - stärkere (nach dem Preisindex für Pensionistenhaushalte PIPH) und frühere Anhebung der Pensionen 2009 bereits ab Nov. 2008 um 3,4 Prozent
 - zusätzliche (gestaffelte) Einmalzahlung als Teuerungsausgleich
 - Anhebung des „Deckels“ für die prozentuelle Pensionsanpassung
 - Verlängerung der Langzeitversichertenpension („Hacklerregelung“) bis 2013
 - Erhöhung des Pflegegeldes
 - Heizkostenzuschuss für Ausgleichszulagenbezieher automatisch mit der Pension
- Steuersenkung per 1. 1. 2009
- Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten
- Rekordinvestitionen in die Infrastruktur
- Einführung der Matura NEU, der standardisierten Reifeprüfung
- Eingetragene Partnerschaft für gleichgeschlechtliche Paare
- Einführung einer bedarfsorientierten Mindestsicherung.

Und das Reformwerk geht weiter ...

Willkommen im Pensionistenverband Österreichs!

Auch im 61. Jahr seines Bestehens ist der PVÖ jung geblieben, hat sich prächtig zur stärksten und bedeutendsten Seniorenorganisation entwickelt. Der PVÖ ist aktiv wie eh und je: als starke Interessenvertretung und als echter Vorteilsclub! Es lohnt sich, dabei zu sein! Je mehr wir sind, desto mehr können wir erreichen und anbieten!

Kupon bitte vollständig ausfüllen, ausschneiden und ausreichend frankiert an den Pensionistenverband Österreichs senden.

Ja, ich will PVÖ-Mitglied werden!

NAME

ADRESSE

PLZ ORT

TELEFONNUMMER

E-MAIL

GEBOREN AM

BEITRITT AM

UNTERSCHRIFT

Bitte
ausreichend
frankieren

**pensionisten
verband**
ÖSTERREICHS

Gentzgasse 129
A-1180 Wien



10 gute Gründe, PVÖ-Mitglied zu sein!

- Der PVÖ ist Ihre **durchsetzungsstarke Interessenvertretung**.
- Der PVÖ ist **immer in Ihrer Nähe**: in fast allen Städten und Gemeinden.
- Im PVÖ kommt keine Langeweile auf. Motto: **Gemeinsam statt einsam**.
- Im PVÖ ist **immer was los**: von A wie Ausflug bis Z wie Zusammensein.
- Der PVÖ hat ein speziell auf Senioren abgestimmtes **Sportprogramm**.
- Der PVÖ bringt den Senioren die Welt von **Computer** und **Internet** näher.
- Der PVÖ bietet eine **kostenlose Beratung** in wichtigen Angelegenheiten.
- Der PVÖ hat mit **SeniorenReisen** den besten Partner in Sachen **Reisen & Urlaub**.
- Der PVÖ **informiert und unterhält** mit seiner Zeitung UG - *Unsere Generation*.
- Der PVÖ kann als **Vorteilsclub** seinen Mitgliedern viele **Ermäßigungen** und **günstige Angebote** anbieten.



Herausgeber: Pensionistenverband Österreichs, Gentzgasse 129, 1180 Wien, www.pvoe.at

Redaktion: Dr. Andreas Höferl, Klubdirektor der SPÖ Wien

Fotos: Dimko, Haslinger, Jagendorfer, Jantzen, Koller, Norbert Noe, Schuster-Merliceck,
Rudolf Semotan, Sokol, Petra Spiola, vga/Semotan, Vodicka, Votava,

Gestaltung: Rosi Blecha/seniormedia marketing gmbh

Druck: service + print